

**Beschlussprotokoll  
über die  
2. Sitzung des Wirtschaftsparlaments  
der Wirtschaftskammer Kärnten  
vom 25.11.2025**

Ort: Wirtschaftskammer Kärnten, Karl-Baurecht-Saal A 114  
Datum: 25. November 2025  
Beginn: 16.05 Uhr  
Ende: 18.11 Uhr

**Tagesordnung**

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit  
Protokoll vom 27.5.2025
2. Präsident Jürgen Mandl, MBA  
„Zur Kärntner Wirtschaftspolitik“
3. Direktor MMag. Dr. Meinrad Höfferer  
Bericht des Direktors
4. Voranschlag der Wirtschaftskammer Kärnten 2026 (Beilage)
5. Anträge gemäß § 26 (3) Geschäftsordnung (Beilage)
6. Allfälliges

**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit,  
Protokoll vom 27.5.2025**

Präsident Jürgen Mandl, MBA eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Protokoll der Sitzung vom 27.5.2025 werden keine Einwendungen bzw. Ergänzungswünsche erhoben, es gilt somit als genehmigt.

**2. Präsident Jürgen Mandl, MBA  
„Zur Kärntner Wirtschaftspolitik“**

Kein Beschluss.

**3. Direktor MMag. Dr. Meinrad Höfferer  
Bericht des Direktors**

Kein Beschluss.

**4. Voranschlag der Wirtschaftskammer Kärnten 2026 (Beilage)**

Finanzreferent KommR Mag. Gauper stellt an das Wirtschaftsparlament folgende Anträge:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten wolle:

1. den für das Rechnungsjahr 2026 vorgelegten Voranschlag der Wirtschaftskammer Kärnten, der ausgeglichen ist, beschließen,
2. die Kammerdirektion beauftragen, den beschlossenen Voranschlag der Wirtschaftskammer Kärnten gemäß § 132 Abs. 1 und 3 des Wirtschaftskammergesetzes der Wirtschaftskammer Österreich mit dem Ersuchen zu übermitteln, ihn dem Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus zur Kenntnis zu bringen.

**Beschluss**

**Das Wirtschaftsparlament beschließt einstimmig die genannten Anträge.**

Gem. § 135 Abs. 5 Wirtschaftskammergesetz (WKG) und § 15 Abs. 2 Kontrollausschussordnung bringt Präsident Jürgen Mandl, MBA nachstehenden Bericht der Geschäftsstelle des Kontrollausschusses zur Kenntnis:

„Die Wirtschaftskammer Kärnten und die ihr zugehörigen Fachgruppen haben im Haushaltsjahr 2024 in ihrer Gebarung die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit beachtet.“

## **5. Anträge gemäß § 26 (3) Geschäftsordnung (Beilage)**

### **Antrag 1 „Tourismusgesetz: Erhalt der Eigenständigkeit der Tourismusverbände“**

Der Antrag wird zurückgezogen.

### **Antrag 2 „Umfassende Entlastung der österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer - Abschaffung bzw. Reduktion überbordender Abgaben und Gebühren“**

#### **Der Beschlussantrag**

Der Antrag, „Dass im Wege der Wirtschaftskammer Österreich die Bundesregierung und die zuständigen Ministerien aufgefordert werden, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer spürbaren Entlastung der Unternehmerinnen und Unternehmer in Österreich führen.

Konkret fordern die Delegierten der Freiheitlichen Wirtschaft:

1. Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe für Unternehmen, da diese Betriebe doppelt belastet werden – einerseits über private Haushalte, andererseits über den Betrieb.
2. Reduktion der LKW-Maut durch Streichung der CO<sub>2</sub>-Zusatzkomponente und Überprüfung der Mauttarife im Hinblick auf deren Wettbewerbsverzerrung gegenüber ausländischen Transportunternehmen.
3. Aussetzung bzw. deutliche Senkung der Netzbereitstellungsgebühren für Strom und Gas, insbesondere für klein- und mittelständische Betriebe, bis die Energiekosten auf ein europäisches Normalniveau zurückgekehrt sind.“

**wird mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme).**

### **Antrag 3 Umbenennung des Bahnhofs „Annabichl“ in „Flughafen Klagenfurt - Annabichl“**

#### **Der Beschlussantrag**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten möge sich - in Abstimmung mit der ÖBB Infrastruktur AG, der Stadt Klagenfurt, dem Land Kärnten und der Flughafen Klagenfurt Betriebsgesellschaft mbH - für die offizielle Umbenennung des Bahnhofs „Annabichl“ in „Flughafen Klagenfurt – Annabichl“ einsetzen.“

**wird mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme, eine Enthaltung).**

#### **Antrag 4 „Faire und moderne Regelung für schwangere Funktionärinnen in der Wirtschaftskammer Kärnten“**

##### **Der Beschlussantrag**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten möge

1. die zuständigen Gremien beauftragen, gemeinsam mit der Bundesorganisation und den Frauennetzwerken der WKO eine klare und faire Regelung für schwangere Funktionärinnen zu erarbeiten,
2. sicherstellen, dass Schwangerschaft, Mutterschutz und Elternzeit keine Benachteiligung bei der Ausübung oder Verlängerung von (ehrenamtlichen) Funktionen darstellen,
3. eine temporäre Vertretungsregelung in der Geschäftsordnung verankern, die es ermöglicht, Funktionen für die Dauer der Karenz oder Schwangerschaft befristet zu übergeben, und
4. in der internen Kommunikation und Schulung der Kammergremien für dieses Thema zu Sensibilisierung und Gleichbehandlung aktiv zu sorgen.“

**wird mehrheitlich abgelehnt (drei Enthaltungen).**

**Antrag 5 „Bericht und Ausblick zur wirtschaftlichen und personellen Entwicklung des WIFI Kärnten“ wurde zurückgezogen.**

**Antrag 6 „Vereinfachung des Zugangs und des Ablaufs der WK-Wahl für die Kärntner UnternehmerInnen“ wurde zurückgezogen.**

**Antrag 7 „Transparenz und Effizienzprüfung der Fachkräfteagentur Kärnten“ wurde zurückgezogen.**

**Antrag 8 „Schutz von Unternehmer:innen vor missbräuchlicher Nennung als Kandidat:innen bei Wahlen zur Wirtschaftskammer“ wurde zurückgezogen.**

**Antrag 9 „Transparente und dauerhafte öffentliche Zugänglichkeit der Wirtschaftsparlamentssitzungen“**

##### **Der Beschlussantrag**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten möge dafür Sorge tragen, dass

die Aufzeichnungen der Sitzungen des Wirtschaftsparlaments nach der Liveübertragung dauerhaft im YouTube-Kanal der WKK abrufbar bleiben,

diese Videos mit Kapitelmarkierungen (Themenabschnitten) versehen werden, um eine gezielte Navigation zu ermöglichen, und künftig alle Sitzungen nach diesem transparenten und mitgliederfreundlichen Standard dokumentiert werden.“

**wird mehrheitlich abgelehnt (drei Enthaltungen).**

**Antrag 10 „Digitale Hygiene und Schutz der Unternehmer:innen und Funktionär:innen der Wirtschaftskammer Kärnten“ wurde zurückgezogen.**

**Antrag 11 „Soziale Absicherung für Unternehmerinnen nach Beendigung des Gewerbes, wie zB. durch Insolvenz, stärken und die Nachversicherung bei der Pflichtversicherung erweitern“**

**Der Beschlussantrag**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten soll sich selbst und gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich für eine umfassendere Nachversicherung der UnternehmerInnen bei Rücklegung des Gewerbes einsetzen, um in Änderung und Erweiterung der Bestimmungen des § 582 GSVG sicherzustellen, dass alle GSVG-Versicherten nach Ende der Pflichtversicherung noch 13 Wochen krankenversichert sind und Leistungen der medizinischen Behandlung sowie Leistungen der chirurgischen und konservierenden Zahnbehandlung erhalten“

**wird mehrheitlich abgelehnt (drei Enthaltungen).**

**Antrag 12 „Transparenz bei Gehältern, Aufwandsentschädigungen und Funktionärsbezügen der Wirtschaftskammer Kärnten“ wurde zurückgezogen.**

**Antrag 13 „Erhöhung der geleisteten Arbeitsstunden“**

**Der Beschlussantrag**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich im Wege der WKÖ bei den zuständigen Stellen, vor allem durch Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung und den Sozialpartnern, für die Erlassung folgender Maßnahmen einzusetzen:

- Einführung eines attraktiven steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Anreizsystems, um mehr geleistete Arbeitsstunden zu generieren.
- Breite Informationskampagne zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen von Mehrarbeit, Ausbau flexibler Arbeitszeitmodelle und Reduktion von Vollzeit-Barrieren (u.a. Ausbau der Kinderbetreuung).
- Reform und Kontrolle aller Sozialleistungen zur Optimierung der Anreizstruktur und zur Förderung einer stärkeren Integration von Beschäftigungsfähigen in den Arbeitsmarkt.“

**wird mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme).**

#### **Antrag 14 „Senkung der Staatsquote auf deutlich unter 50 %“**

**Gemeinsamer Abänderungsantrag, eingebracht von WP-Del. KommR Raimund Haberl und KommR Günter Burger**

##### **Der Beschlussantrag**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich im Wege der WKÖ bei den zuständigen Stellen, insbesondere gegenüber Bundesregierung, Parlament und relevanten Institutionen, für Maßnahmen zur schrittweisen Senkung der Staatsquote unter 50% bis spätestens 2030 einzusetzen.“

Es sollen folgende Maßnahmen eingefordert und unterstützt werden:

- Systematische Reduktion von Eingriffen in den Markt und staatlicher Förderungen, gezielte Privatisierungsprogramme für nicht-strategische Staatsbeteiligungen.
- Gesamtstaatliche Staatsquote spürbar senken, auch durch Orientierung an internationalen Best Practices.
- Abbau von Bürokratie und regulativen Hindernissen („Gold Plating stoppen und abbauen“), digitalisierte Behördenverfahren für Unternehmen, insbesondere KMU und Gründer.“

wird mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme).

#### **Antrag 15 „Versicherung gegen Naturkatastrophen“**

**Gemeinsamer Abänderungsantrag, eingebracht von den WP-Delegierten Franz Ahm, Peter Tschernutter, Herwig Miklin, KommR Alfred Trey und KommR Günter Burger**

##### **Der Beschlussantrag**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich im Wege der WKÖ bei den zuständigen Stellen, insbesondere beim

- Bundesministerium für Finanzen,
- Bundesministerium für Justiz,
- sowie anderen zuständigen Ministerien

dafür einzusetzen, dass

1. auf Basis des Rechnungshofberichts 2025 ein Gesetzesentwurf für eine verpflichtende Naturkatastrophendeckung erstellt wird,
2. diese Deckung in das Versicherungsvertragsgesetz integriert wird,
3. risikodifferenzierte Prämien und Selbstbehalte in einem gesetzlichen Rahmen geregelt werden,
4. die Umsetzung nach dem Vorbild des belgischen Modells erfolgt.“

wird mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme).

#### **Antrag 16 „Erweiterung der Betrugsbekämpfung und Reform der Entgeltfortzahlung im Krankenstand“**

##### **Der Beschlussantrag**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich im Wege der WKÖ bei den zuständigen Stellen, allem voran durch Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesministerium für Finanzen, ein umfassendes Fairnesspaket zur Betrugsbekämpfung zu erarbeiten, welches im Besonderen folgende Maßnahmen berücksichtigt:

- Solidarität schützen
- Moderne, unbürokratische und digitale Kontrollmechanismen
- Effiziente Rückforderungen
- Enddatum bei Krankschreibungen
- Eigenverantwortung stärken
- Betriebliche Gesundheitsmaßnahmen und Prävention fördern
- Kein neuer Urlaubsanspruch bei längeren Krankenständen

- Transparenz schaffen
- Gesetzliche Anpassung der Entgeltfortzahlungen“

wird mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme).

**Antrag 17 „Park-and-Ride-Parkplätze für Unternehmer.innen“**

**Der Antrag wird zurückgezogen.**

## **6. Allfälliges**

Präsident Mandl dankt den Anwesenden für das Zeitmanagement bei dieser Sitzung.

Beilagen